

solli aktuell



Gigantischer Nachholbedarf

Junge Leute zahlen drauf – nicht erst seit die Wirtschaft wackelt. Die DGB-Jugend unterstützt daher den »Bildungsstreik 2009« vom 15. bis 19. Juni 2009 und fordert weitreichende Verbesserungen im Bildungssystem.

Fast alle nationalen und internationalen Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. HauptschülerInnen haben nach wie vor kaum Chancen, direkt einen Platz in Ausbildung und Beruf zu ergattern. Fast eine halbe Million Jugendliche verschwindet im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf – die meisten von ihnen in Warteschleifen ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung. Gleichzeitig gelingt es nicht, signifikant mehr Jugendliche für ein Studium zu qualifizieren: »Trotz Nachholbedarfs sind die Budgets in der Weiterbildung in den vergangenen Jahren drastisch gekürzt worden. Der Abstand zu internationalen Anforderungen wächst«, warnt Jessica Heyser von der DGB-Jugend. Wer Bildungsarmut bekämpfen wolle, müsse daher soziale Barrieren abbauen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, stellt sich die Gewerkschaftsjugend hinter den »Bildungsstreik 2009«, den loka-



le Bündnisse aus Studierenden- und SchülerInnen-Gruppen in verschiedenen Städten ausgerufen haben. Während einer bundesweiten Aktionswoche vom 15. bis 19. Juni 2009 werden junge GewerkschafterInnen gemeinsam mit Studierenden und SchülerInnen im gesamten Bundesgebiet demonstrieren. Bundesweit dezentrale Demonstrationen sollen am 17. Juni 2009 stattfinden.

Sinn des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. »Der Staat muss ein exzellentes Bildungswesen für alle Menschen sichern und finanzieren«, sagt Heyser.

Die DGB-Jugend fordert ein Grundrecht auf Ausbildung (siehe Seite 5): Das duale System der Berufsausbildung muss erhalten und mit neuem Leben gefüllt werden. Mit zielgruppenorientierten Beratungsangeboten sollen Betriebe, Schulen und Bundesagentur für Arbeit die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt unterstützen. Das Berufsbil-

dungssystem muss zukunftsfest gestaltet werden.

Auch Gute Bildung und Gute Arbeit im Bildungswesen gehören zusammen: Wer es besser und gerechter machen möchte, braucht dafür ausreichend gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Eine gute Ausbildung, angemessene Bezahlung und eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens und Respekts machen Bildungsberufe für den Nachwuchs interessant. Dafür muss aber der gravierende Fachkräftemangel behoben werden.

Zu weiteren wichtigen Veränderungen gehören bessere Arbeitsbedingungen, eine deutlich bessere Bezahlung der ErzieherInnen, die Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrkräfte, kleinere Klassen, eine Verpflichtung zur Weiterbildung und ein massiver Ausbau guter Angebote zur Weiterbildung.

Das bedeutet aber auch: Es muss wesentlich mehr Geld in die Bildung investiert werden. Ohne den Aufwand für Bauinvestitionen sind dafür jährlich mindestens 30 Milliarden Euro zusätzlich erforderlich. Heyser: »Ohne die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung lassen sich soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand in Deutschland nicht erreichen.« [S](#)

www.dgb-jugend.de, www.bildungsstreik2009.de

INHALT

3 thema

Ausbildung lohnt sich – für Betriebe

4 projekte

Döner kochen: Die Zukunftswerkstatt von DGB-Jugend und FES
Angezählt: Die Datenlage
Im Stress: Psyche am Arbeitsplatz
Grundrecht auf Gesellschaft: Das Teilhabe-Gutachten
Jusos: Nazis aus dem Internet!
Tagung: »Nicht genug zum Leben«

6 azubi-ratgeber

So bekommen Azubis Recht

7 bezirke + gewerkschaften

Häuser gefunden: »2. Mai 1933«
Benachteiligte Jugendliche bei Siemens

NEUE ECKPUNKTE

Platz sucht Studi

Achtung: Für die Studienplatzvergabe gibt es seit März 2009 neue Eckpunkte. Denn derzeit bleiben zu viele Studienplätze unbesetzt. [S](#)

www.his.de

Gewerkschaftsprotest

Nazis ■ Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** hat den Angriff rechter Gewalttäter auf die DGB-Demonstration scharf verurteilt: »Rechtsextreme haben in Dortmund friedliche Teilnehmer der DGB-Demonstration angegriffen und damit erneut ihr wahres Gesicht gezeigt: Sie sind Feinde von Demokratie und Vielfalt.«

Die Gewerkschaftsbewegung werde sich davon aber nicht beeindrucken lassen. Sommer: »Der 1. Mai ist bunt und nicht braun. Die Gewalttäter müssen zur Verantwortung gezogen, die NPD muss endlich verboten werden.«

www.dgb.de

Drohende Pleite



I. Sehrbrock

Bildungspolitik in Gefahr ■ Anlässlich der 5. Bologna-Folgekonferenz zur Hochschulpolitik der EU-FachministerInnen im belgischen Leuven hat **Ingrid Sehrbrock** eine Kurskorrektur gefordert. Die

Studienreform in Deutschland drohe zu scheitern, schreibt die stellvertretende DGB-Vorsitzende in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin.

Der Brief im Internet: www.dgb.de/2009/04/28_bologna/

Leichter Sinkflug

Ausbildungsplatzzahlen ■ Im zweiten Monat nach halbjähriger Unterbrechung der Bekanntgabe aller relevanten Ausbildungsstellen lässt sich eine erste Tendenz für das Jahr 2009 erkennen. Im Vorjahresmonat standen für je 100 BewerberInnen rund 78 Ausbildungsplätze zur Verfügung, im April 2009 immerhin 85. Die Lücke zwischen BewerberInnen und betrieblichen Ausbildungsplätzen ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um über 50.000 auf jetzt 72.500 zurückgegangen. Die Zahl der BewerberInnen sank im April 2009 verglichen mit dem Vorjahresmonat um 72.203 oder 14,9% auf jetzt 412.364.

www.dgb-jugend.de

BewerberInnen: 412.364

Ost: 73.616 / West: 338.628

unvermittelte: 244.656

Ost: 47.337 / West: 197.251

betriebliche Ausbildungsstellen: 339.864

Ost: 53.061 / West: 286.495

unbesetzte Ausbildungsstellen: 182.089

Ost: 36.957 / West: 144.943

Abweichungen der Summen entstehen durch fehlende Zuordnung Ost/West. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, April 2009

Abitur für alle

Schavan will's zentral ■

Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU) hat ein deutschlandweites Zentralabitur gefordert. »Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder, egal ob sie in Potsdam, Frankfurt oder Stuttgart zur Schule gehen, gleich gute Bildung bekommen«, sagte sie dem Magazin »Cicero«.



A. Schavan

Exportnation

Berufliche Bildung ■ Die berufliche Aus- und Weiterbildung entwickelt sich auf internationaler Ebene zunehmend zu einem gefragten Dienstleistungsprodukt: »Die Initiative des BMBF zur Internationalisierung deutscher Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen (iMove) findet auch auf der arabischen Halbinsel große Resonanz«, so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), **Andreas Storm**, anlässlich eines Besuchs in Oman.

Soli aktuell meint: Super! Vielleicht kommt die Berufsbildung dann auch irgendwann bei den deutschen AltbewerberInnen an.

Pro Jugend

Münfte: Wahl vor Alter ■ Der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** (69) hat sich für eine Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre ausgesprochen. Viele 16- oder 17-Jährige seien mindestens so informiert wie 40-, 50- und 60-Jährige.

Wundern tun sich die Grünen. **Kai Gehring**, jugendpolitischer Sprecher: »In dieser Wahlperiode haben SPD und Union zweimal grüne Initiativen zur Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre abgelehnt.«

Kindersicherung

500 Euro für jeden ■ Angesichts wachsender Kinderarmut verlangen ExpertInnen und Verbände (GEW u.a.) eine eigenständige Grundsicherung für jedes Kind von 500 Euro im Monat. Sie soll die Familienförderung aus Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag und BAföG ablösen. Die Kosten von etwa 100 Mrd. Euro könnten nach dem Systemwechsel weitgehend aus den bisherigen Familienleistungen finanziert werden.

Dumme Entscheidung

Studiengebühren ■ Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Klage der Studierendenschaft der Universität Paderborn gegen die Erhebung von Studiengebühren abgewiesen.

Weitere Infos: www.dgb-jugend.de/studium

Kinderkonvention

DBJR: Deutschland unpünktlich ■ Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) ist sauer, dass die Bundesregierung den Vereinten Nationen (UN) ihren 3. und 4. Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention nicht fristgerecht vorlegen wird. Deutschland hinkt laut DBJR beim Kindeswohl im Vergleich zu den anderen Industrienationen deutlich hinterher. Das zeigte zuletzt eine Unicef-Studie aus dem Jahr 2007. Der DBJR fordert, die Kinderrechte ernstzunehmen, Kinder angemessen zu fördern, sie zu beteiligen und zu schützen.

www.dbjr.de

Fahrtkosten zählen

Berufsschulunterricht ■ Fahrtkosten für Pendelfahrten zum Berufsschulunterricht in Blockform sind in die Bedarfsberechnung gemäß § 67 Sozialgesetzbuch III einzubeziehen.

Landesozialgericht Berlin-Brandenburg, Az.: L 5 AL 21/09 B ER

Gut geklagt

Lehrer erfolgreich ■ Seit 2004 hat **Michael Csaszköczy** mit Unterstützung der Gewerkschaften darum gekämpft, seinen Beruf ausüben zu dürfen: Das baden-württembergische Kultusministerium hatte das antifaschistische Engagement des Lehrers als Grund gesehen, gegen ihn das erste Berufsverbot seit 20 Jahren auszusprechen. Am 28. April 2009 befand das Landgericht Karlsruhe das Berufsverbot für rechtswidrig und verurteilte das Kultusministerium zu einer Schadenersatzzahlung von 32.777,20 Euro.

Aber hallo!

O-Ton ■ »Die DGB-Jugend, ohnehin mit leichtem Bauchansatz, kommt bei ihren kurzen Sprints ins Keuchen. Von Aufbruch keine Spur.«

Dieter Rucht, 63, Protestforscher, zum gewerkschaftsjugendlichen Handeln angesichts der Finanzkrise.



D. Rucht

Soli aktuell meint: Lieber Speck auf den Rippen als morsche Knochen!

Personalie



D. Neumann

Dirk Neumann, bisher bei der DGB-Jugend für Jugendbildungsarbeit zuständig, kümmert sich seit neuestem um die Bereiche Berufliche Bildung, Ausbildungssituation, Jugendarbeitsrecht, »Dr. Azubi« und die Vertretung beim Deutschen Bundesjugendring.

Ausbildung (lohnt sich) für alle

Die DGB-Jugend ist der Meinung, dass die Menschen ein Recht auf Ausbildung und Übernahmen haben sollen. Nun kommt eine neue BIBB-Erhebung zu dem Ergebnis: Ausbildung lohnt sich – vor allem für die Betriebe.

Jeder vierte Betrieb will angesichts der Wirtschaftskrise in diesem Jahr weniger Azubis einstellen, teilt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit. BIBB-Präsident Manfred Kremer befürchtet, dass ohne Gegensteuern des Staates die Zahl der neuen Lehrverträge in diesem Jahr um bis zu 50.000 sinkt.

Zugleich kündigen aber 22 Prozent der befragten Unternehmen an, sie wollten ihr Ausbildungsplatzangebot im Vergleich zum Vorjahr steigern. 32 Prozent der Unternehmen geben an, ihr Engagement auf dem gleichen Niveau halten zu wollen.

Wie passt das zusammen? Eine aktuelle BIBB-Untersuchung gibt Auskunft: Die Berufsausbildung lohnt sich für ausbildende Betriebe, auch wenn sie zunächst Kosten verursacht. »Ausbildung lässt sich dann richtig nutzen, wenn anschließend die Übernahme der Auszubildenden erfolgt«, schreiben die AutorInnen. Damit spare der Betrieb Kosten für die Personalgewinnung ein. Selbstausgebildete seien besser mit den betrieblichen Anforderungen vertraut als betriebsfremde Fachkräfte.

In der repräsentativen Befragung von rund 3.000 Betrieben zu Kosten und Nutzen der Ausbildung im Jahr 2007, gab eine große

Mehrheit an, dass sie mit dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag »sehr zufrieden« bzw. »zufrieden« ist. Nur zehn Prozent waren unzufrieden.

Den Betrieben entstanden 2007 im Durchschnitt pro Auszubildendem und Jahr Bruttokosten von 15.288 Euro. Davon entfielen 9.490 Euro (61 Prozent) auf die Personalkosten der Auszubildenden und 3.292 Euro (22 Prozent) auf die der AusbilderInnen. Mit 691 Euro (fünf Prozent) schlugen die Anlage- und Sachkosten und mit 1.814 Euro (zwölf Prozent) die sonstigen Kosten zu Buche – zum Beispiel Kammergebühren oder Kosten für externe Lehrgänge und die Ausbildungsverwaltung.

Immerhin 30 Prozent der Betriebe generieren schon während der Ausbildung einen positiven Nettoertrag, indem sie ihre Auszubildenden produktiv einsetzen. Die produktiven Leistungen in Höhe von durchschnittlich 11.692 Euro müssen von den Bruttokosten abgezogen werden, so dass sich für 2007 für die Betriebe durchschnittliche Nettokosten von 3.596 Euro pro Jahr und Auszubildendem ergeben.

Den Kosten stehen Einsparungen gegenüber: Etwa für die Personalgewinnung, wenn externe Fachkräfte eingestellt werden. Hierfür wendet ein Betrieb durchschnittlich 4.214 Euro auf.

Bei der Frage nach den Gründen für die eigene Ausbildung erhielt die Aussage, dass der Betrieb ausbilde, um Nachwuchskräfte zu qualifizieren, die genau den betrieblichen Anforderungen entsprechen, mit einem Anteil von 84 Prozent mit Abstand den höchsten Zuspruch. Es ist also ein wichtiges Entscheidungskriterium für SchulabgängerInnen, wenn die Betriebe ein hohes Interesse an der Übernahme der Auszubildenden und an einer hohen Ausbildungsqualität haben.

Viele Betriebe rechnen auch mit einem Imagegewinn bei KundInnen, LieferantInnen und in der Öffentlichkeit. Dies halten 81 Prozent der Betriebe bei der Frage nach dem Stellenwert der Ausbildung für die Personalpolitik und die Entwicklung des Unternehmens für sehr wichtig bzw. wichtig. Ein interessanter Nebenaspekt: 71 Prozent der Betriebe geben an, dass die Aus-

Eingesparte Personalgewinnungskosten bei Ausbildung – Kosten für die Rekrutierung externer Fachkräfte (in Euro)

	Gesamt	West	Ost
<i>Bewerbungsverfahren</i>	1.191	1.287	705
Davon:			
Inserierungskosten	432	490	140
Bewerbungsverfahren (Personalkosten)	519	538	420
Externe BeraterInnen	240	259	145
<i>Weiterbildung während der Einarbeitungszeit</i>	704	720	625
Davon:			
Arbeitsausfallkosten durch Weiterbildung	299	316	218
Kosten der Weiterbildung	405	404	407
<i>Leistungsunterschiede in der Einarbeitungszeit</i>	2.319	2.441	1.702
Insgesamt	4.214	4.447	3.032

Quelle: BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007

bildung die Attraktivität des Betriebs für leistungsfähige Arbeitskräfte steigert. Durch die Übernahme der Auszubildenden ergeben sich weitere Vorteile für die Betriebe: Auch nach der Einarbeitung gibt es Unterschiede zwischen den im eigenen Betrieb Ausgebildeten und den über den Arbeitsmarkt extern eingestellten Fachkräften. Denn das Fehlbesetzungsrisiko ist deutlich niedriger und Ausfallkosten werden vermieden, die entstehen, wenn der Fachkräftebedarf extern nicht gedeckt werden kann.

Die große Frage: Wenn die Vorteile der Ausbildung für die Betriebe so klar auf der Hand liegen – warum wird dann nicht mehr ausgebildet? Von Unternehmerseite wird gern darauf verwiesen, dass die Situation wirtschaftlich ungünstig sei und die Ausbildung zu teuer. Oder: SchulabgängerInnen seien für die Ausbildung in ihrem Betrieb nicht geeignet.

Erklären kann dies aber nicht, warum auf eine wissenschaftlich nachweisbare profitbringende Investition verzichtet wird. Eine wichtige Erkenntnis der Erhebungen sei, schreiben die BIBB-AutorInnen, dass die Betrachtung der reinen Durchschnittsnettokosten einfach nicht ausreiche, um das betriebliche Ausbildungsengagement umfassend darzustellen.

Im Klartext: Die Ausbildung spielt bei Fragen der Ausbildung nicht immer die größte Rolle. Das Argument, die Kosten für Ausbildung seien zu hoch, ist durch die Studie jedenfalls entkräftet. [S](#)

www.bibb.de/bibbreport

DAS FORDERN WIR

Azubis übernehmen!

Von Dirk Neumann

Die Betriebe sind in der Verantwortung, ihre Auszubildenden auch zu übernehmen. Betriebs- und Personalräte sind aufgefordert, auf die Einhaltung von betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen zur Übernahme nach der Ausbildung zu achten. Denn eine gesicherte Übernahme ermöglicht Praxiserfahrung und verbessert den Einstieg ins Berufsleben. Deshalb müssen betriebliche und tarifliche Vereinbarungen zur Übernahme ausgebaut werden – Vorsorge für den Fachkräftebedarf ist geboten. [S](#)

Dirk Neumann ist bei der DGB-Jugend für Ausbildungsfragen zuständig.

Döner kochen

Eine gemeinsame Zukunftswerkstatt von DGB-Jugend und FES brachte die Schwierigkeiten mit und von benachteiligten Jugendlichen auf den Tisch.

Chancengleichheit war das große Thema der gemeinsamen Zukunftswerkstatt von DGB-Jugend und Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 4. Mai 2009 in Berlin. »Wege in den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit schlechteren Startchancen« lautete der Titel.

Aber wer den ReferentInnen eine Weile zuhörte, konnte den Eindruck gewinnen, Gleichheit gibt's auf absehbare Zeit nicht – Ungleichheit steht statt dessen im Vordergrund. Jugendliche mit niedrigen Bildungs-

abschlüssen landen regelmäßig im Maßnahme-Dschungel der Bundesagentur für Arbeit, und dann ist es sogar noch gut gelaufen. Wer im sozialen Gefüge unten steht, dem drohen Schmalspurausbildungen und prekäre Schuferei. Danach dann die Arbeitslosigkeit und Hartz IV. Gerade 16 Prozent der Jugendlichen, so rechnete DGB-Jugendsekretär Olaf Schwede für seinen Wirkungskreis Hamburg vor, hätten letztes Jahr einen Normalausbildungsplatz bekommen. Der Druck aus dem Umland sei hoch, das Angebot an Ausbildungsplätzen schrumpfe kontinuierlich, der Kostendruck in den Unternehmen erledige den Rest.

Ist Jugend an sich eine Behinderung? Dass verkürzte oder modularisierte Ausbildung die Lösung sein soll, findet Schwede lächerlich. Denn nach dem Motto »Ihr seid zu doof für Koch, ihr werdet jetzt Döner-Koch« würden »vollwertige« Berufe bloß verdrängt. »Gerade benachteiligte Jugendliche«, machte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf klar, »brauchen mehr, nicht weniger Ausbildung.«

Zwischendrin hatte Tanja Nackmeyr vom Bundesverband der Arbeitgeber Gelegenheit, ihre Position vorzutragen. Schmalspurausbildung? Das sei ihr zu negativ. Vielmehr seien verkürzte Ausbildungen ein Einstiegsangebot, und zwar ein nobles. Vielleicht passen ja Arbeitgeber und der Azubi in spe zusammen, wer weiß. Dergleichen wird von Arbeitgeberseite desöfteren per Praktikum getestet – gern mal ein ganzes Jahr, unbezahlt versteht sich.

Die ca. 70 Profis, darunter auch direkt Betroffene, nämlich SchülerInnen, wuss-

ten, dass derlei Maßnahmen nicht unbedingt weiterhelfen. LehrerInnen berichteten, dass der Schuletat an ihrem Arbeitsplatz 2010 um 30 Prozent zusammengestrichen werde. Die Diskussion um soziale Selektion aufgrund von Herkunft, Migrationshintergrund oder sogar geografischer Lage ist einiges weg von Germany's next Top-Azubi – AbiturientInnen, die sich vielleicht aussuchen können, ob sie eine Ausbildung machen oder ein Studium beginnen. Manches kommt auch gar nicht zusammen: Der Referent zum Thema Schule, der Bildungsexperte der Tageszeitung »taz« Christian Füller, suchte nach seinem Vortrag das Weite. Zu unvereinbar schienen die Positionen der TeilnehmerInnen in der Arbeitsgruppe »Gute Schule, schlechte Schule« und denen des erklärten Studiengebühren-Fans Füller.

Statt sich für Elitenfortbildung zu begeistern, rufen PraktikerInnen nach mehr Unterstützung für ihre schwierige Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen, die sich – Stichwort: »Erlernte Hilflosigkeit« – oft genug selbst im Weg stehen. Eine bessere Vernetzung zwischen pädagogischen und Hilfseinrichtungen wünschen sich nicht wenige. Das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sei generalüberholungswürdig. Es sei an der Zeit, den Ball an die Unternehmen zurückzuspielen. »Wer kontinuierlich das Ausbildungspersonal rausschmeißt«, so Schwede, »soll sich über mangelnde Ausbildungsreife nicht beklagen.«

Dass das Thema auch künftig ein Thema bleibt – das war leider der zentrale Ausblick der Zukunftswerkstatt. [5](#)

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

9,3 Prozent mehr arbeitslose Unter-25-Jährige wurden im März 2009 im Vergleich zum Vorjahresmonat gezählt.

2.109 Fälle von Kontenabrufverfahren hat es bei der Bewilligung von Hartz IV-Leistungen 2008 gegeben. 2007 waren es 309.

1,6 Millionen Beschäftigte haben sich im Jahr 2008 an Arbeitskämpfen beteiligt – eine Million Streikende mehr als im Jahr zuvor.

200 Milliarden Euro soll der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung Soffin bei der Einrichtung einer »Bad Bank« zur Absicherung von Risiko-Wertpapieren aus seinem Bürgschaftsprogramm bereitstellen. [5](#)

Dauerhaft im Stress

WSI-Betriebsrätebefragung: Psychische Belastungen am Arbeitsplatz haben enorm zugenommen.

In vier von fünf deutschen Betrieben stehen Beschäftigte ständig unter hohem Zeit- und Leistungsdruck, die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sind in den letzten Jahren gewachsen. Das zeigen die Daten der neuen Betriebsrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Die Wirtschaftskrise dürfte die Situation noch weiter verschärfen, prognostiziert WSI-Gesundheitsexpertin Elke Ahlers.

In 84 Prozent der deutschen Betriebe gibt es MitarbeiterInnen, die dauerhaft unter hohem Zeit- und Leistungsdruck arbeiten, berichteten die Betriebsräte. Betroffen sind nicht nur einzelne Beschäftigte mit speziellen Aufgaben, sondern mit 43 Prozent große Teile der Belegschaft.

Offensichtlich war die Lage schon vor dem Übergreifen der Finanzkrise auf die Wirtschaft in Deutschland brisant: Die ArbeitnehmervertreterInnen wurden zwischen September 2008 und Januar 2009 in-

terviewt. Den Anteil der Beschäftigten unter Dauerstress schätzten die Betriebsräte sehr ähnlich ein, unabhängig davon, ob die Auftragsbücher in ihrem Unternehmen gut gefüllt waren oder nicht. Die WSI-Umfrage unter 1.700 Betriebsräten ist repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat. In derartigen Betrieben arbeiten in Deutschland rund zwölf Millionen Menschen. [5](#)

Die Befragung im Internet:
www.boeckler.de/32014_94842.html

Grundrecht auf Gesellschaft

Neue Argumente: Im Rahmen der Initiative »Ausbildung für alle« veröffentlicht die DGB-Jugend erstmals das Teilhabegutachten des Verfassungsrechtlers Bernhard Nagel.

Grundrecht auf Ausbildung: Initiative und Rechtslage« lautet der Titel der neuen Broschüre der DGB-Jugend. Sie informiert nicht nur über die Initiative »Ausbildung für alle«, sie enthält auch die aktuelle Expertise von Bernhard Nagel über »Das Teilhaberecht auf Ausbildung und Weiterbildung«. Hier wird der juristische Rahmen für das Recht auf Bildung in Deutschland ausgehend vom Völkerrecht, dem EU-Recht, über das Bundes- und Landesrecht bis hin zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes analysiert.

Seit 1995 herrscht in der Bundesrepublik ein dramatischer Mangel an Ausbildungsplätzen. ExpertInnen reden daher von der dritten und in ihrem Ausmaß bedrohlichsten Ausbildungskrise. Seit 14 Jahren fehlen bundesweit jährlich mehrere hunderttausend Ausbildungsplätze. Im vergangenen Jahr befanden sich 51,7 Prozent aller bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten 620.000 BewerberInnen ein oder mehrere Jahre in einer »Warteschleife« auf einen Ausbildungsplatz. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Der bevorstehende Abbau von Ausbildungsplätzen als Folge der Wirtschaftskrise zeigt: Der offensichtliche Reformstau bei der Beruflichen Bildung muss endlich beseitigt werden.« Ziel einer verantwortbaren und nachhaltigen

Politik müsse sein, »allen Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf, unabhängig von der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen«, schreibt der Autor der Broschüre, Helmut Weick.

Im Rahmen der Kampagne »Ausbildung für alle« fordern deshalb die LandesschülerInnenvertretungen verschiedener Bundesländer ein einklagbares Grundrecht auf Ausbildung. Unterstützt wird diese Forderung von DGB und Gewerkschaftsjugend.

»Das Recht auf Bildung existiert in Deutschland als ein aus Artikel 12 des Grundgesetzes abgeleitetes Teilhaberecht.« Bernhard Nagel


Eine im Herbst 2007 gestartete Unterschriftenkampagne für diesen Rechtsanspruch wurde ein großer Beteiligungserfolg: Im April 2008 konnte dem Deutschen Bundestag eine Petition mit 72.554 Unterschriften für ein Grundrecht auf Ausbildung übergeben werden. Es war eine der größten Petitionen der vergangenen Jahre.

Nun haben Bundestag und Bundesrat zu entscheiden. Da kommt Nagels Expertise ins Spiel, denn der Kasseler Verfassungsrichter kommt zu folgendem Schluss: »Das Recht auf Bildung existiert in Deutschland nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als ein aus Artikel 12 des Grundgesetzes abgeleitetes Teilhaberecht auf Zugang zu den in staatlicher Verantwortung stehenden Bildungseinrichtungen.« Es werde außerhalb des Bereichs des Hochschulzugangs, zu dem es eine Reihe von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gebe, aber überhaupt noch nicht genügend beachtet. Nachdem der Bund in der Föderalismusreform I seine Ver-



Ein Gutachter, an dem man nicht vorbeikommt: Bernhard Nagel

antwortung für das Bildungswesen weitestgehend an die Länder abgegeben habe, treffe ihn und die Länder eine Schutzpflicht, das Bildungswesen zu erhalten und bedürfnisgerecht auszubauen. Nagel: »Es handelt sich nicht nur um eine objektive Rechtspflicht, vielmehr folgt aus dem Teilhaberecht auf Bildung im Extremfall ein Anspruch von Benachteiligten auf Tätigwerden des Staates.«

Nagels Expertise enthält Fakten, an denen man in Zukunft nicht mehr vorbeikommt. 


Die Broschüre komplett im Download: www.ausbildung-fuer-alle.de



MINIJOBS U.Ä.

Das Prekäre diskutieren

Die Veranstaltung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung »Einfach nicht genug zum Leben – unfreiwillige Teilzeitarbeit und Mini-Jobs!« am 27. Mai 2009 in Berlin thematisiert die strukturelle Unterbeschäftigung immer größerer Bevölkerungsteile. In der Krise ist eine Ausweitung des Arbeitsvolumens nicht zu erwarten. Welche struktur- und beschäftigungspolitischen Instrumente bieten also Alternativen zu einer Niedriglohnstrategie, die weder die Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt vorangebracht, die Integration von Jugendlichen gewährleistet noch die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland beseitigt hat?

Diese und andere Fragen sollen auf der Fachtagung mit Betriebs- und PersonalrätInnen sowie VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Verbänden diskutiert werden. 


27. Mai 2009, Kalkscheune, Johannisstraße 2, 10117 Berlin. Infos: Tel.: 0211 / 777 8123, E-Mail: Christiane-Borsch@boeckler.de

EINSPRUCH! DAS SAGEN JUGENDVERBÄNDE

Nazis aus dem Internet!

Von **Franziska Drohsel**

Auf Facebook gibt es immer mehr Seiten und Benutzerprofile mit rechtsextremer Propaganda. Dass Nazis das Internet nutzen, um ihre menschenverachtenden Inhalte zu verbreiten, ist nichts Neues. Umso mehr macht auch dieses Beispiel deutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus konsequent geführt werden muss. Internetanbieter wie Facebook müssen sich ih-

rer gesellschaftlichen Verantwortung stellen und dafür sorgen, dass sie rechtsextremen Inhalten keine Plattform bieten. Rechtsextremismus ist kein Randphänomen. Die gesamte Gesellschaft ist gefordert, gegen rassistische Parolen, antisemitische Vorurteile und rechtsextremes Gedankengut einzutreten – auch im Internet! Wir fordern Facebook auf, umgehend sämtliche Profile und Seiten mit rechtsextremem Inhalt zu löschen. 

Franziska Drohsel ist Juso-Bundesvorsitzende.



So bekommen Azubis Recht

Krisenwissen: Überstunden, schlechte Ausbildung, Kündigung – wie können Azubis ihre berechtigten Ansprüche durchsetzen, wenn der Betrieb gegen seine Pflichten verstößt?

Schnell und schriftlich reagieren

Im Arbeitsrecht gilt der Grundsatz: Nur wer schnell handelt, hat gute Chancen. Verstößt der Arbeitgeber also gegen seine Pflichten, sollte der Azubi ihn möglichst bald und unbedingt schriftlich darauf hinweisen. Wichtig ist dabei zunächst einmal, dass der Hinweis erfolgt – und nicht die Form. Bei unbezahlten Überstunden reicht z.B. folgender Hinweis:

Sehr geehrter Herr XY,

ich leiste regelmäßig Überstunden und möchte hierfür einen Ausgleich.

Mit freundlichen Grüßen

Azubi

Ein solcher Hinweis verhindert, dass der Azubi seine Rechte verliert. Denn obwohl im Arbeitsrecht oft tarifliche Ausschlussfristen von einigen Monaten gelten, in denen man Forderungen rückwirkend stellen kann, gilt bei einer Gerichtsverhandlung auch der Grundsatz der Verwirkung: Konnte der Arbeitgeber berechtigterweise davon ausgehen, dass der Azubi die Überstunden nicht mehr geltend machen würde, ist der Anspruch verwirkt.

Nach aktueller Rechtsprechung verliert ein Azubi z.B. den Anspruch auf ein Ausbildungszeugnis, wenn er ihn nicht spätestens sechs Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Betrieb geltend macht. Zudem gibt es noch besondere Fristen: Für einen Widerspruch gegen eine Kündigung hat der Azubi nach Zugang genau drei Wochen Zeit. Wenn der Azubi den Betrieb schriftlich aufgefordert hat, sich an die Regelungen des Ausbildungsvertrages zu halten, sollte sich daran – wenn möglich – ein Gespräch anschließen. Falls es im Betrieb einen Betriebsrat oder eine Jugendvertretung gibt, sollte unbedingt jemand den Azubi begleiten. Hier kann man dann klären, wie man die Situation verändern kann.

Schlichtung bei der zuständigen Stelle

Für die meisten Azubis ist die Industrie- und Handelskammer oder die Handwerkskammer bzw. sind die Innungen die zuständige Stelle. Dort gibt es einen Ausbildungsberater, der bei Problemen im Ausbildungsverhältnis Ansprechpartner für die Azubis ist. An ihn kann sich der Azubi wenden und um Hilfe und Vermittlung bitten. Die AusbildungsberaterInnen können dann in den Betrieb kommen oder auch telefonisch mit dem Ausbilder sprechen. Dabei können die Azubis Glück oder Pech haben: Es gibt sehr gute BeraterInnen, die die Azubis nach bestem Gewissen unterstützen – und solche, die klar auf der Seite des Betriebes stehen.

Wenn auch der Ausbildungsberater nicht weiterhelfen kann oder will, kann der Azubi eine Schlichtung beantragen. Den Antrag für eine Schlichtungsverhandlung schickt die zuständige Stelle auf Anfrage zu. Wenn der Azubi den Antrag gestellt hat, erhält er in der Regel zwei bis drei Wochen später eine Einladung zu einer Schlichtungsverhandlung. Hier sind in der Regel mindestens drei Personen anwesend: ein Schlichter, der von der zuständigen Stelle gestellt wird, ein Arbeitnehmervertreter und ein Arbeitgebervertreter. Außerdem ist natürlich auch der Ausbilder anwesend, wenn er sich nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten lässt. Der Azubi kann natürlich einen Rechtsschutzsekretär

von der Gewerkschaft oder einen Anwalt mitnehmen. Es ist aber immer gut, wenn man zu einer Schlichtung auch persönlich erscheint.

In der Verhandlung wird dann die Situation besprochen – und der Azubi sollte alle Punkte ansprechen, die für ihn wichtig sind und die er geklärt haben möchte. Denn kommt es später zu einer Klage vor dem Arbeitsgericht, können nur die Punkte verhandelt werden, die auch in der Schlichtung Thema waren.

Die Schlichter versuchen zu vermitteln und machen in der Regel am Ende einen Lösungsvorschlag, der protokolliert wird. Diesen Schlichterspruch müssen Azubi und Ausbilder innerhalb von einer Woche anerkennen, sonst ist der Schlichterspruch unwirksam.

Vor dem Arbeitsgericht klagen

Wenn es keinen Schlichtungsausschuss gibt oder wenn der Azubi mit dem Schlichterspruch nicht einverstanden ist, kann er Klage beim Arbeitsgericht erheben. Auch hier muss er wieder schnell handeln – nach Zugang des Schlichterspruchs hat er zwei Wochen Zeit. Die Klage beim örtlichen Arbeitsgericht kann der Azubi alleine einreichen. Es gibt beim Arbeitsgericht eine Rechtsantragstelle – und dort sitzen RechtspflegerInnen, die dem Azubi bei der Formulierung helfen.

Wenn der Azubi Klage eingereicht hat, kommt es relativ schnell zu einem Güte Termin. In diesem Termin geht es nicht um eine endgültige Klärung des Falls. Hier wird ein Richter eine erste Einschätzung geben und erneut versuchen, einen Lösungsvorschlag zum machen.

Dabei haben Azubis oft sehr gute Aussichten! Wenn sie z.B. gegen eine Kündigung durch den Ausbilder klagen, können sie häufig eine Abfindung oder ihre Wiedereinstellung erstreiten. Musste der Azubi wegen massiven Vertragsverstößen des Ausbilders das Ausbildungsverhältnis kündigen, hat eine Klage auf Schadensersatz oft Erfolg.

Leider zögern Azubis oft, vor Gericht zu gehen – zu Unrecht! Die Verhandlung ist kostenlos – und im Güte Termin kann sich der Azubi selbst verteidigen und braucht keinen Anwalt. Gewerkschaftsmitglieder können hier auf ihren Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht zurückgreifen. Falls der Azubi wenig Geld hat und sich einen Anwalt wünscht, kann er Prozesskostenhilfe beantragen. Der Antrag ist relativ einfach auszufüllen.

Verfügt der Azubi nicht über die entsprechenden Mittel, werden die Kosten für den Anwalt vom Staat übernommen. In der Regel wird dann nach einem Jahr noch einmal geprüft, ob der Auszubildende inzwischen über ausreichende Einnahmen verfügt, um die Kosten zurückzahlen. Falls nicht, erlischt die Schuld.

Auch normale ArbeitnehmerInnen klagen selten: Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer repräsentativen Umfrage herausgefunden, dass nur zwölf Prozent der Gekündigten Kündigungsschutzklage gegen den Arbeitgeber erheben (Soli 3-2009). Kein Wunder also, dass nur 16 Prozent der Gekündigten eine Abfindung erhalten – denn in der Regel ist hier eine Klage Voraussetzung! [\[5\]](#)



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Bei der Schlichtung können Azubis Glück oder Pech haben: Es gibt sehr gute Ausbildungs-...

...berater, die die Azubis unterstützen, und solche, die klar auf der Seite des Betriebes stehen.

Häuser gesucht – und gefunden


Die ersten Preise im gewerkschaftlichen Schülerwettbewerb »2. Mai 1933« sind nach NRW vergeben worden.

Den ersten Preis des bundesweiten gewerkschaftlichen Schülerwettbewerbs »Geschichte und Politik für junge Köpfe: Der 2. Mai 1933« hat in der Kategorie Gymnasien, Jahrgangsstufe 8 ein Team der Hans-Ehrenberg-Schule in Bielefeld gewonnen. Die Aufgabe war, am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region die Geschehnisse des 2. Mai 1933, die Überfälle der Nationalsozialisten auf die Gewerkschaftshäuser, zu recherchieren und darzustellen. Drei Schülerinnen haben die Ereignisse um das Volkshaus in der Bielefelder Marktstraße

aufgearbeitet. Ihr Preis ist mit 500 Euro dotiert.

Auch in der Jahrgangsstufe 11 der Gymnasien ging der erste Preis nach Nordrhein-Westfalen. Ein Schüler des Julius-Stursberg-Gymnasiums in Neukirchen-Vluyn gewann mit seinem Beitrag über das Duisburger Gewerkschaftshaus am Stapeltor. Der zweite Preis ging an das Gymnasium Philanthropinum in Dessau-Roßlau.

»Die große Herausforderung war, ein geschichtliches Ereignis, die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften am 2. Mai 1933, sowohl mit einer konkreten Adresse, mit Vornamen und Familiennamen anschaulich zu machen als auch gleichzeitig die politischen Zusammenhänge zu verstehen«, sagte der Vorsitzende des DGB von NRW, Guntram Schneider.

Ausgeschrieben hatte den Schülerwettbewerb die Gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte GIRO. Jugendliche im Alter von 14 bis etwa 17 Jahren sollten sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus auseinandersetzen. 

www.zweiter-mai-1933.de



Nicht mit mir – Gewerkschafter 1933

Siemens, übernehmen Sie!

Der Elektrokonzern stellt 250 zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche bereit. Mit Option, bitte.

Auf Initiative des Gesamtbetriebsrates wird die Siemens AG in diesem Jahr zum zweiten Mal 250 zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche anbieten. Nach Informationen der IG Metall stellt das Unternehmen wie schon im Vorjahr 30 Millionen Euro für die Ausbildung von Jugendlichen bereit, die im regulären Auswahlverfahren keinen Platz erhielten.


Mit dem Programm will das Unternehmen Jugendliche unterstützen, die – oft auch

migrationsbedingt – wegen mangelnder Schulleistungen oder Defiziten bei ihren Basiskompetenzen bisher keine Chance hatten.

Die Jugendlichen können ihre Ausbildung in technischen und kaufmännischen Berufen bei Siemens im Herbst 2009 beginnen. Gesucht werden die neuen Auszubildenden im gesamten Bundesgebiet.

Das Programm ist deshalb wichtig, weil Siemens einer der größten privaten Ausbildungsbetriebe in Deutschland ist und Maßstäbe setzt. Der Konzern bildet rund

10.000 Jugendliche an etwa 50 verschiedenen Standorten aus und investiert dafür im Jahr rund 150 Millionen Euro. Pro Jahr bewerben sich rund 40.000 Jugendliche bei Siemens.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Lothar Adler mahnt in diesem Zusammenhang allerdings die Übernahme an: »Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, dass das Engagement und das erworbene Wissen der jungen Menschen auch in der Krise dauerhaft im Unternehmen bleiben.« 

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

Ab geht's: Die Bezirksjugendkonferenz der **DGB-Jugend Nord** findet vom 12. bis 14. Juni 2009 in Kiel statt. Die Tagung zur gewerkschaftlichen Studierendenarbeit »mit einem fetten Programm, klasse ReferentInnen, super Workshops – zu einem brandaktuellen Thema« (DGB-Landesjugendsekretär Frank Ahrens) gibt's am 15. und 16. Juni 2009 in Wolfsburg.

www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de

Die **DGB-Jugend Thüringen** veranstaltet vom 12. bis 14. und 19. bis 21. Juni 2009 ihre erste Jugendleiter-Card-Schulung. Sie findet gemeinsam mit dem Jugendcamp von **ver.di** in Schlaitz vom 12. bis 14. Juni 2009 statt.

www.thueringen.dgb.de

Politische Orientierung und die Zusammenarbeit unter den MitgliedsgewerkschafterInnen stehen im Mittelpunkt der Bezirksjugendkonferenz der **DGB-Jugend Baden-Württemberg** vom 19. bis 21. Juni 2009 im DGB-Jugend-Camp Markelfingen.

www.jugend-bw.dgb.de

Das Pfingstjugendcamp von **ver.di** findet dortselbst vom 28. Mai bis 1. Juni 2009 statt.

www.verdi-jugend.de

Vom 11. bis 14. Juni 2009 gibt's die Sommeruni der **IG Metall Baden-Württemberg**. Die Metall-Aktiven treffen sich im DGB-Jugendcamp in Markelfingen.

www.sommeruni.net

Die **ver.di Jugend** hat die bundesweite Kampagne »Was soll Politik?« gestartet. Die Dienst-

leistungsjugend will die verschiedenen Wahlkämpfe nutzen, um den Anliegen der jungen Generation eine Stimme zu verleihen. Der Bundesvorsitzende der ver.di Jugend Jörg Grünefeld: »Wir wollen die Politik mit unseren Antworten konfrontieren – mit den Antworten der jungen Generation.«

Wer mitkonfrontieren will: www.was-soll-politik.de

Zum guten Schluss: Flower Power bei der **IG BAU**. Die Baugewerkschaft, die Menschenrechtsorganisation FIAN und die developmentpolitische Organisation Vamos e.V. fordert die Einhaltung von internationalen Arbeitsrechten in der Blumenindustrie. VerbraucherInnen sollen gezielt auf das »Flower Label«-Programm oder das »Fairtrade«-Siegel achten.

www.flowers-for-human-dignity.org

WEBTIPP DES MONATS

Ohne Bildung geht gar nichts, es sei denn, man hat Geld. Mit jeder Veröffentlichung von Pisa zeigt sich, dass der Lernerfolg in Deutschland sehr stark von der sozialen Herkunft abhängt. »Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung« – diese Studie der Hans-Böckler-Stiftung orientiert sich an dem Weg von SchülerInnen durch das Schulsystem. Am Anfang geht's um die Ursachen sozialer Ungleichheit in Bezug auf soziale Schichtzugehörigkeit, Migrationshintergrund und Geschlecht. Nach einem Überblick über die Forschung werden bildungspolitische Handlungsperspektiven zur Verringerung sozialer Bildungsungleichheiten aus gewerkschaftlicher Sicht aufgezeigt und der Forschungsbedarf skizziert.

Rosine Dombrowski, Heike Solga: Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung, Düsseldorf 2009, www.boeckler.de/pdf/p_arbp_171.pdf

+ Dienstleistungssektor: Die Folgen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen werden trotz weltweiter Finanzkrise bislang kaum übergreifend diskutiert: Nun haben Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung die tarifpolitischen Auswirkungen der Liberalisierung des öffentlichen Sektors analysiert.

Torsten Brandt u.a. (Hg.): Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 400 S., 19,80 Euro

+ Online gestellt – die Dokumentation des 8. Forums zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik. 75 Seiten mit Standpunkten, Forderungen und Wertungen.

www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-508.html

+ DBJR-Praxisbuch: Ey, warum soll ich'n wählen gehen? Wie geht'n'das überhaupt? Im Superwahljahr – Europaparlament, einige Landtage und der Bundestag werden in diesem Jahr neu gewählt – gibt das Praxisbuch »Jugend wählt – Jugend zählt« des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) kluge und weise Ratschläge.



www.dbjr.de

+ Beratungen, Bildungsangebote und Informationen:

Soeben ist das Programm 2009 des Bereichs Migration & Qualifizierung im DGB-Bildungswerk erschienen.



www.migration-online.de/programm09

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Finanzkrise global: Kapital einsetzen, um maximale Profite zu erzielen – das ist das Grundprinzip des heutigen Wirtschaftens. Im letzten Jahrzehnt wurden jedoch immer weniger Mittel in realwirtschaftliche Prozesse investiert – stattdessen wurde an internationalen Finanzmärkten spekuliert. Mittlerweile ist aus den Spekulationsgeschäften eine weltweite Krise geworden. In diesem Seminar sollen Hintergründe, Auslöser und Akteure der Krise genauer betrachtet werden, indem die Zusammenhänge internationaler Finanz- und Wirtschaftspolitik erarbeitet werden.

5. bis 7. Juni 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscodcode FKG 609278869

English for Trade Unionists: Angesichts der fortschreitenden Globalisierung von Politik und unternehmerischem Handeln ist es wichtig, dass sich auch Gewerkschaften internationaler aufstellen! Zudem können die Deutschen viel von denen in anderen Ländern lernen. Bei vielen GewerkschafterInnen reichen aber die Englischkenntnisse nicht aus. Der Schwerpunkt dieses Seminars liegt daher auf der Vermittlung eines gewerkschaftsspezifischen Vokabulars und dem Kennenlernen von europäischen und internationalen Gewerkschaftsstrukturen.

26. bis 28. Juni 2009. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscodcode ENG 609278868

Anmeldung: www.dgb-jugendbildungszentrum.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	